

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Markus Blume

Abg. Kathi Petersen

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Joachim Unterländer

Staatsministerin Emilia Müller

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion  
"Christliche Nächstenliebe - Kritik der Kirchen an der Staatsregierung ernst  
nehmen"**

Die Aussprache eröffnet der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Die SPD-Fraktion nimmt die anhaltende, massive Kritik der Kirchen in Bayern an der Bayerischen Staatsregierung zum Anlass, die Hintergründe hierfür im Hohen Hause gemeinsam zu erörtern und zu debattieren. Die Kirchen – dies können wir gemeinsam feststellen – waren seit eh und je enge Dialogpartner der Fraktionen im Hohen Hause. Ihre Bedeutungen für den Freistaat Bayern stehen außer Frage. Sie sind nicht nur Rat- und Orientierungsgeber sowie politische Beobachter, sondern selbst auch wichtige Handlungsakteure in Bayern.

Die Kirchen leisten einen besonderen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander weit über den geistigen und spirituellen Horizont hinaus: in der sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe, der Flüchtlingsarbeit sowie der Krankenhaus-, Gefängnis- und Militärseelsorge. Auf dieses kirchliche Engagement kann der Freistaat Bayern nicht verzichten. Wichtige Stützpfeiler gesellschaftlicher Solidarität würden ohne den Beitrag der Kirchen als Akteure der Zivilgesellschaft regelrecht wegbrechen. Dafür seitens der SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Mit 6,6 Millionen Katholiken und 2,4 Millionen Protestanten in Bayern vertreten die Kirchen viele Menschen in unserem Land. Sie sind eine gewichtige Stimme für eine wer-tegebundene Politik in Bayern und deshalb zentrale Ansprechpartner für die Landes-

politik in allen Fragen der Humanität, des inneren Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Tatsächlich gehört zu einem vernünftigen Dialog mit den Kirchen auch, dass man deren öffentliche Stellungnahmen, zum Beispiel zu Gesetzentwürfen der Staatsregierung, auch dann respektiert, wenn sie nicht nur Hosiannagesänge auf den Ministerpräsidenten darstellen, sondern auch kritisch, ablehnend, mahnend, fordernd und einfordernd sind, wie wir dies die letzten zwölf Monate erlebt haben.

Im vergangenen Jahr haben sich Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Kirchen aus den unterschiedlichsten Ebenen im öffentlichen Diskurs immer wieder mahnend zu Wort gemeldet: vom Gemeinderatsmitglied über einzelne Pfarrer und Bischöfe, ja, bis hin zum Papst, der sich intensiv an der Debatte beteiligt hat, wie zum Beispiel mit Flüchtlingen und der Migrationsbewegung umzugehen ist.

In einem offenen Brief für ein menschenfreundliches Engagement für Geflüchtete wandten sich Ordensobere vor einem Jahr gegen die Flüchtlingspolitik der CSU. Sie appellierten an Herrn Seehofer – Zitat –, "dringend von einer Rhetorik Abstand zu nehmen, die Geflüchtete in ein zwielichtiges Licht stellt".

Als Ordensleute

– so heißt es darin –

nehmen wir mit brennender Sorge wahr, wie auch in unserem Land rechtsnationale Kräfte und Meinungen wieder sprach- und öffentlichkeitsfähig werden ...

Ob dieser Appell bei der die Regierung tragenden Partei stets Berücksichtigung fand, darf am heutigen Tag in Zweifel gezogen werden.

Deshalb geht es heute um die ausgrenzende Politik der Regierungspartei, der Staatsregierung im Gesamten, die in Wort und Schrift Flüchtlinge unter Generalverdacht stellt und Zufluchtsuchende kriminalisiert, um eine Politik, die Überfremdungsängste

schürt statt aufklärt, die Schwache gegen Schwächere ausspielt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt, den inneren Frieden aufs Spiel setzt, den Begriff der Leitkultur – meine Kollegin Kathi Petersen wird später noch darauf eingehen – als Kampfbegriff gegen Minderheiten verwendet und dafür das Christliche in unserer Gesellschaft gegen den Widerstand von Kirchenvertretern instrumentalisiert.

Wenn beispielsweise der bayerische Finanzminister davon spricht, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhielten 5.000 bis 6.000 Euro an Unterstützung im Monat, wovon eine Rentnerin nur träumen könne, dann schürt er auf unverantwortliche Art und Weise Ressentiments, dann missbraucht er sein politisches Amt für Stimmungsmache gegen minderjährige Schutzsuchende, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten nicht gedankenlos über die Botschaft des katholischen Weltmigrantentags vergangene Woche hinweggehen. Papst Franziskus hat dazu aufgerufen, jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um den minderjährigen Migranten Schutz und Verteidigung zu garantieren; denn sie sind die verletzlichste Gruppe unter den Migranten. Deshalb sage ich ganz klar für die SPD: Die von Herrn Söder geforderte Kürzung von Integrationsleistungen ausgerechnet für minderjährige Schutzsuchende werden wir als SPD definitiv nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Kardinal Marx entgegnete sowohl auf die Einlassung von Herrn Söder, Barmherzigkeit kenne keine Miete, als auch auf die jüngste Einlassung von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer über den ministrierenden Fußball spielenden Senegalesen, dass ihm völlig unverständlich sei, warum Institutionen, die etwas für Flüchtlinge tun, in ein negatives Licht gestellt werden sollten. Ich teile die Ansicht des Kardinals. Für die Sozialdemokratie in Bayern rufe ich den kirchlich engagierten Flüchtlingshelfern und allen Flüchtlingshelfern zu: Lassen Sie sich von derartigen Einlassungen nicht entmutigen

und demotivieren; wir danken Ihnen für ihren großartigen Dienst an der Menschlichkeit im Zeichen christlicher Nächstenliebe!

(Beifall bei der SPD)

Auch mit den jüngsten Positionspapieren der CSU zur Bevorzugung christlicher Migranten wurde der Bogen ein weiteres Mal überspannt. Dies stieß auf Kritik bei den Kirchen in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, deshalb wollen wir Ihnen in der Aktuellen Stunde die Gelegenheit geben, sich dazu zu äußern, warum Sie künftig Zuwanderung nur noch Menschen mit christlichem Hintergrund ermöglichen wollen und warum die Zuwanderung von Menschen ohne christlichen Hintergrund erschwert werden soll. Wir wollen konkret von Ihnen wissen, welche gesetzgeberischen Planungen die Bayerische Staatsregierung verfolgt mit Blick auf Ihr formuliertes Ziel – ich zitiere:

In Zukunft muss gelten: Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis ... Ein Staat muss selber entscheiden, wen er aufnimmt – nicht die Migranten entscheiden das.

Das steht in Ihrem Positionspapier. Warum strebt die Staatsregierung eine Nachrangigkeit anderer religiöser Kulturkreise an? Wie bewertet die Staatsregierung die Kritik der Kirchen in Bayern und in Deutschland, diese Position der Staatsregierung sei mit der christlichen Nächstenliebe unvereinbar?

Tatsächlich entsteht dieser Eindruck. Programmsätze wie "In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia" nützen niemandem, bestimmt auch nicht dem Christentum. Stattdessen bauen Sie Vorurteile auf, schüren Ressentiments und vermitteln den Eindruck, als gebe es eine dunkle islamische Macht, die das Rechtssystem in Deutschland und das friedliche Zusammenleben gefährde. Dahinter steht auch der Gedanke, die 570.000 Muslime in Bayern seien Fremdkörper in unserem Land. Erzbischof Heße antwortete darauf: "Wer die christliche Prägung nur deshalb hoch-

hält, um Menschen anderer Kulturen und Religionen fern zu halten, missbraucht und entwertet das Christentum."

(Beifall bei der SPD)

Als SPD sagen wir: Es ist nicht die Aufgabe des Staates oder einzelner Parteien, Kulturen und Religionen gegeneinander in Stellung zu bringen. Wir legen Wert auf gute Beziehungen der Religionen zueinander: gelebte Gemeinsamkeit, Begegnung, Teilhabe, Integration. Die Kirchen sind wichtige Partner des Staates. Dieser Meinung sind übrigens auch jene Abgeordnete in der SPD, die selbst keinen Gottesglauben haben. Ja, die Kirchen sind wichtige Partner des Staates und nicht Gegner. Ich kann auch keine Selbstvergessenheit der Kirchen erkennen, wie es Markus Blume, Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU, formuliert hat. Laut Markus Blume sei mit Blick auf die Toleranz der Kirchen eine gewisse Selbstvergessenheit der Kirchen zu erkennen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Religion wird in Bayern immer individueller und pluraler gelebt. Dieser religiöse Pluralismus ist mitunter anstrengend für die gesamte Gesellschaft. Damit diese Pluralität jedoch gelebt werden kann, sind Toleranz sowie Respekt und Anerkennung die notwendigen Voraussetzungen.

Deshalb fasse ich für meine Fraktion zusammen: Nutzen wir das starke kirchliche Engagement für Humanität und gesellschaftliches Miteinander gerade auch für die zentrale Herausforderung der Integration. Es gibt ein ethisches Fundament gelingender Demokratie – so nennt es der neue Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie in Tutzing, der Katholik Wolfgang Thierse. Tendenziell meint er damit gemeinsame Vorstellungen von Freiheit, von Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, von Werten, von Solidarität, von der Würde des Menschen und von der Integrität der Person. Dieses Fundament, so Wolfgang Thierse, müsse immer wieder neu erarbeitet werden. Es muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt und erneuert werden. Diese Verantwortung tragen wir alle. Wir sollten sie gerade in aufgeheizten politischen Zeiten gemeinsam wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Zellmeier das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Zellmeier (CSU):** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung hat es viele Gratulationen gegeben. Barbara Stamm feiert ihr 40-jähriges Jubiläum im Landtag. Hubert Aiwanger ist Vater geworden. Herr Rinderspacher, Sie haben gesagt, der Herr Ministerpräsident habe eine Wohlfühlrede gehalten. Eigentlich ist die Sitzung, bis Sie gekommen sind, gut verlaufen. Sie haben jedoch das Wohlgefühl, das dem Hause nicht schadet, wieder zerstört. Der Titel der Aktuellen Stunde ist wieder auf Spaltung angelegt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das ist wirklich traurig. Ihre politische Leistung liegt nur noch im Spalten.

(Florian von Brunn (SPD): Wer spaltet denn?)

Seien Sie doch einmal ehrlich: Sie haben keine vernünftigen Vorschläge.

(Beifall bei der CSU)

Sie bieten nichts Neues. Was tun Sie? – Sie versuchen, einen Keil zwischen uns und die Kirchen sowie andere wichtige gesellschaftliche Gruppen zu treiben. Ich verstehe nicht, warum Sie das tun. Eigentlich verstehe ich es schon: Sie wollen damit politisches Profil gewinnen. Sie wollen vor allem Stimmen gewinnen. Glauben Sie mir: Mit Spalten gewinnt man keine Stimmen. Das werden Sie sehr schnell merken.

(Widerspruch bei der SPD)

Im Übrigen ist der Vizekanzler, Ihr Parteivorsitzender, ein gutes Musterbeispiel. Herr Gabriel erwähnt zur richtigen Stunde, nämlich kurz vor der Wahl, das Wort "Obergren-

ze", das er vorher noch abgelehnt hat. Warum macht er das? – Damit will er zeigen, dass er für bestimmte Wähler, die er sonst ablehnt und als Pack bezeichnet, der Richtige ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch einmal ehrlich: Sie liegen daneben. Sie liegen neben der Spur. Sie wissen nicht, was die Menschen im Lande bewegt, und versuchen, das zu übertünchen.

Für die CSU sind die Kirchen wichtige und entscheidende Ratgeber.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie sind eine wichtige moralische Instanz.

(Bernhard Roos (SPD): Zuhören, Herr Kollege Zellmeier!)

Sie können zum sozialen Engagement viele gute Ratschläge geben. Übrigens werden wir viele Ratschläge aus der Anhörung zum Integrationsgesetz übernehmen. Wir werden einige Punkte in das Gesetz aufnehmen. Wir werden das Ehrenamt stärker hervorheben. Wir werden die Kommunen stärker berücksichtigen. Wir werden jedoch die Begriffe "christliches Abendland" und "Leitkultur" nicht aus dem Gesetz streichen. Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht von linksextremen oder rechtsextremen Kreisen diktieren lassen, was die Begriffe bedeuten.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wenn Sie die Begriffe "christliches Abendland" und "Leitkultur" verdammen, stimmen Sie in das Geschrei der extremen Linken ein.

(Widerspruch bei der SPD)

Damit stärken Sie auch das Geschäft der extremen Rechten, die diese Begriffe ebenfalls als Kampfbegriffe verwendet. Das ist eine Fehlentwicklung. Bitte hören Sie damit auf.

(Beifall bei der CSU)



Im Übrigen wissen Sie, dass Bayern am meisten für die Menschen, die in ihrer Not zu uns kommen, tut. Kein anderes Bundesland gibt neun Milliarden Euro in vier Jahren aus. Über 500 Millionen Euro sind allein in den Bereich Integration geflossen. Wir sind das Land der gelingenden Integration. Das ist auch im Sinne der Kirchen, die Integration fordern. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Die Kirchen setzen etwas andere Akzente bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Sinne einer Obergrenze als wir. Wir können nicht alles, was die Kirchen sagen, übernehmen. Das haben Sie doch auch nicht getan. Ich denke daran, wie SPD und GRÜNE mit den Kirchen um das Thema Lebensschutz gekämpft haben. Damals haben Sie nicht alles nachgebetet, was Ihnen gesagt wurde. Sie haben Ihre Meinung vertreten; wir vertreten unsere.

Im Übrigen hat bei den Kirchen in den vergangenen Monaten ein Wandel eingesetzt. Auch deren Vertreter betonen mittlerweile, dass eine unbegrenzte Aufnahme nicht möglich ist – so, wie auch Sie von der SPD es jetzt anerkennen.

(Margit Wild (SPD): Das ist aber aus dem Zusammenhang gerissen!)

Es hat lange gedauert, bis Sie zu dieser Erkenntnis gekommen sind.

Zustände wie am LAGeSo in Berlin oder wie in Nordrhein-Westfalen, wo Menschen monatelang in Hallen, die als Notunterkünfte dienen, leben müssen, gibt es in Bayern nicht. Wir haben hier humanitäre Standards gesetzt. Dafür sind wir übrigens auch vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann gelobt worden, der uns für die Versorgung der Flüchtlinge die Note 1 attestiert hat. Er hat zudem anerkannt, dass man angesichts der Aufnahme von 200.000 Menschen nicht von "Abschottung" sprechen dürfe. Das ist vielmehr eine sehr hohe Zahl, wenn man bedenkt, dass wir vor 10 Jahren nur 20.000 Flüchtlinge pro Jahr aufgenommen haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das Land der gelingenden Integration. Bayern gehört zu den Ländern, die in den vergangenen 20 Jahren die höchste Zuwanderung verzeichnet haben. Was ist der Grund dafür? – Die Menschen kommen nicht trotz, sondern wegen der Politik der CSU aus anderen

Bundesländern, aus dem übrigen Europa, ja aus der ganzen Welt nach Bayern. Die Menschen kommen hierher, weil die CSU gute Politik macht. Das müssen auch Sie von der Opposition anerkennen. Das ist wirklich so.

Lassen Sie mich, bevor mir die Redezeit ausgeht, noch etwas zu der Anhörung zum Integrationsgesetz sagen: Wenn ich die Stellungnahme des Vertreters der Evangelischen Kirche Dr. Oechslen lese, der bezweifelt hat, dass die Burka ein Zeichen der Unterdrückung ist – lesen Sie nach, was er gesagt hat! –, und wenn ich die Stellungnahme von Professor Funke lese, der gesagt hat, er habe schon mit der Vorgabe "freiheitliche demokratische Grundordnung" ein Problem, dann stellt sich schon die Frage, ob die Experten richtig ausgewählt worden waren. Wer glaubt denn ernsthaft, dass die Burka aus freier Wahl getragen wird? – Die Burka ist natürlich Zeichen eines patriarchalischen, eines rückständigen Systems. Diese Stellungnahmen hat Markus Blume zu Recht gekontert. – Damit will ich aufhören, meine Damen und Herren.

(Alexandra Hiersemann (SPD): Das ist ja unfassbar! Sie sind absolut unfassbar!)

– Haben Sie es gehört? Waren Sie da?

(Alexandra Hiersemann (SPD): Ja, ich war da! )

– Lesen Sie es nach! Ich habe es dabei. Schauen Sie es sich doch einmal an! Es ist ein Skandal, was da gelaufen ist.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, die Redezeit!

**Josef Zellmeier (CSU):** Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke schön. – Jetzt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Meyer. Er ist schon bereit. Bitte schön.

**Peter Meyer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist genau das eingetreten, was ich vermeiden wollte. Lassen Sie mich vorweg eines feststellen: Ich möchte mich an dieser Stelle gerade nicht an einer Diskussion darüber beteiligen, welche Gruppierung in diesem Haus die Bezeichnung "christlich" verdient oder nicht, wer christlicher ist als die anderen, wer spaltet oder nicht spaltet. Ich finde das nicht gut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Situation ist einfach zu ernst für parteipolitisches Geplänkel. Eine derartige Diskussion würde dem eigentlichen Problem auch nicht gerecht.

Natürlich ist es die derzeitige Kritik offizieller Kirchenvertreter am Verhalten einiger Parteipolitiker in der Tat wert, dass man auch in diesem Haus einmal darüber spricht. Worum geht es? – Bereits im Mai kritisierte Landesbischof Bedford-Strohm den Ministerpräsidenten, der das "Ende der Willkommenskultur" begrüßt hatte. Der Landesbischof kritisierte diese Aussage ungewöhnlich hart und forderte eine Klarstellung. Sowohl Kardinal Marx als auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick mahnten die CSU zur Verfassungstreue. Herabwürdigungen oder Verletzungen der Menschenwürde dürften Christen nicht stehen lassen. Erzbischof Schick wörtlich: "Ich will, dass alle, und besonders natürlich die, die ein C im Namen führen, sich auch entsprechend verhalten."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Betonung liegt auf "alle". Die Mahnung trifft nicht eine Partei, auch wenn sie sich als explizit christliche besonders angesprochen fühlen sollte. Es geht um unser aller Werte und Wertvorstellungen. Darauf kommt es an. Insoweit müssen wir endlich eine gemeinsame Linie finden.

Die CSU fordert eine "Leitkultur" ein. Damit sind wir wieder mitten in der Diskussion über das Integrationsgesetz. Die "Leitkultur" ist als Begriff da. Ich habe mit Interesse

festgestellt, dass bei 15 Sachverständigen 16 oder 17 Interpretationen des Begriffs "Leitkultur" herausgekommen sind. Wenn man diesen Begriff schon bemüht, dann sollte man sich dessen bewusst sein, dass die Leitkultur nicht allein Spracherwerb und Brauchtum umfasst. Unserer abendländischen Kultur liegen zuallererst die christlichen Werte der Verantwortung für unsere Mitmenschen zugrunde. Das ist unsere Leitkultur. Um diese geht es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Die beschriebenen Werte sind die ideellen Grundpfeiler unserer abendländischen Gesellschaft. Wir dürfen es nicht zulassen, dass diese Werte über Bord geworfen werden. Gerade in einer christlich geprägten Gesellschaft können wir es nicht dulden, dass menschenverachtendes Verhalten, Gleichgültigkeit und schlimmstenfalls Hass immer weiter um sich greifen. Das kann nicht die Gesellschaft sein, die wir wollen.

Ich will nicht leugnen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Ich weiß, dass wir kein Patentrezept dafür haben. Aber ich weiß auch, dass uns Hassreden und das Schüren von dumpfen Ängsten in dieser Situation nicht weiterbringen. Damit meine ich hauptsächlich Kräfte außerhalb dieses Hauses; das will ich ausdrücklich sagen. Sie verschlimmern die Situation. Angst ist immer ein schlechter Ratgeber. Es ist unsere Aufgabe als demokratisch gewählte Volksvertreter, gerade in schwierigen Zeiten Lösungsansätze und Orientierung zu bieten – und eben auch die Grundwerte unserer Gesellschaft hochzuhalten.

Die Kirchen selbst haben mit Kritik und ihrem Selbstverständnis zu kämpfen; denken Sie nur an die zurückgehenden Mitgliederzahlen und Ähnliches. Angesichts dessen läge es doch nahe, wenn Staat und Kirche noch vertrauensvoller zusammenarbeiten würden, um unsere christlichen Werte weiter zu transportieren.

Die christlichen Kirchen haben deswegen nicht nur das Recht, sondern auch die moralische Verpflichtung, in Zeiten, in denen menschenverachtende Äußerungen in er-

schreckendem Ausmaß um sich greifen, an unsere ureigenen Grundwerte zu erinnern. Mit rechtem Populismus ist niemandem gedient. Ganz im Gegenteil, das ist ein gefährlicher Nährboden. Wer Hass sät, wird Gewalt ernten. Ich meine damit erstarkende Kräfte außerhalb dieses Hauses; ich habe es schon gesagt.

Die Situation, in der wir uns mittlerweile befinden, ist viel zu ernst für parteipolitisches Geplänkel; denn es geht um nichts weniger als um den sozialen und gesellschaftlichen Frieden in unserem Land. Um ihn zu erhalten, müssen alle demokratischen Kräfte zusammenstehen. Da ist mit dumpfer Stimmungsmache niemandem gedient, ganz im Gegenteil.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Das Schlimmste in diesem Land ist nicht ein Fußball spielender, ministrierender Senegalese. Das Bild war daneben. Tut mir leid! Das Schlimmste in unserem Land sind verantwortungslose Akteure, die leichtfertig rhetorische Brandsätze legen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen eine Aussage aus dem Talmud ans Herz legen:

Achte auf deine Gedanken; denn sie werden deine Worte.

Achte auf deine Worte; denn sie werden deine Taten.

In diesem Sinne kann ich uns allen nur raten, gut auf unsere Wortwahl zu achten. Das Ganze verbinde ich mit dem Dank an die unzähligen Menschen, die sich hauptamtlich oder ehrenamtlich in der Flüchtlingsbetreuung, in Integrationsmaßnahmen, aber auch in vielen anderen sozialen Einrichtungen engagieren; denn soziales Tun ist nicht nur eine Frage der Flüchtlingsbetreuung, sondern betrifft große Teile der Gesellschaft. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, Abgeordneten der GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Gehring, bitte.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut so, dass im heutigen Bayern die Pfarrer nicht mehr von der Kanzel herab den Gläubigen sagen, was sie am Wahlsonntag zu wählen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Es ist gut so, dass wir keine Institution haben – nicht die Kirchen, nicht den Staat, auch nicht die tonangebende Partei –, die den Menschen vorschreiben kann, wie sie leben sollen. Es ist wichtig, dass wir uns all denen widersetzen – ich hoffe, gemeinsam –, die in Europa in autoritärer Weise den Menschen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben, wie sie Freiheit zu verstehen haben, und die alle ausschließen, die dieser Lebensweise nicht folgen.

Ernst-Wolfgang Böckenförde hat es so formuliert, dass der freiheitliche Staat nur besteht, wenn sich die Freiheit von innen, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert und dass der Staat seinen freiheitlichen Charakter dann verliert, wenn er diese Wertekultur vorschreiben und durchsetzen will. Wenn man bei Böckenförde nachliest, dann kommt einem schon die "Leitkultur" in den Sinn, die ausgrenzt, die per Gesetz, sogar per Verfassung, die Lebensweise vorschreibt, die moralisches Handeln und Einsicht erzwingen will. Kardinal Marx hat dem mit ganz klaren Worten eine Abfuhr erteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Böckenförde macht deutlich, dass andere als der Staat die Grundlagen unseres freiheitlichen Zusammenlebens schaffen. Er meint damit die Akteure unserer Zivilgesellschaft, er meint damit die Kirchen. Es ist gut, dass wir die Kirchen in dieser Zivilgesellschaft haben.

Gerade vor diesem Hintergrund ist der Satz von Scheuer doppelt perfide. Zum einen spricht er dem Menschen aus Senegal die Menschenwürde ab und will ihn einfach loshaben. Zum anderen beleidigt er auch diejenigen, die es jungen Menschen ermöglichen, Fußball zu spielen oder zu ministrieren. Ich habe viel beim Fußballspielen gelernt, obwohl es nie für die zweite Mannschaft des DJK Seifriedsberg gereicht hat. Vermutlich reicht es auch nicht für die Landtagsmannschaft. Ich habe aber gelernt, Verantwortung in einem Team zu übernehmen und dass man dem, der 90 Minuten lang Gegner ist, im Spiel und auch danach mit Fairness und Würde begegnet. Diese Werte sind für unser Zusammenleben unabdingbar.

Ich habe auch viel beim Ministrieren gelernt, auch wenn ich kein Pfarrer geworden bin und das Confiteor heute nicht mehr aufsagen kann. Ich habe aber gelernt, dass es eine zentrale Botschaft des christlichen Glaubens gibt. Danach ist der Mensch das Ebenbild Gottes oder – wir haben es gestern bei Kolping im Bildungsbeirat gehört – der Tempel, in dem Gott wohnt. Gemeint ist damit, dass jeder Mensch gleich ist und gleich viel Würde hat. Dieser Satz ist zentral für eine christliche Botschaft. Wenn wir schon über das christliche Abendland reden, müssen wir auch darüber reden, wie dieser Satz aus der christlichen Botschaft in unsere Verfassung gelangt ist. Dieser Satz ist zwar oft missbraucht worden, aber er hat als universalistischer Wert eine so starke Kraft, dass er heute der erste Satz unseres Grundgesetzes ist: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau an diesem Punkt bringen die Kirchen ihre Kritik vor. Kardinal Marx sagt, er sei erschrocken und verärgert über die Äußerungen von CSU-Politikern, die nur darauf abzielten, Geflüchtete loszuwerden. Er sagt, diese Tonlage sei nicht hilfreich für die Integration hunderttausender Flüchtlinge. Er hat die Spalter in unserer Gesellschaft deutlich benannt. Sie sind bei der CSU. Ja, es ist ein Finanzminister Söder, der die Oma gegen den Flüchtling ausspielt, und das mit wohlkalkulierten Äußerungen, die politischen Profit bei der AfD bringen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ländner (CSU): So ein Krampf!)

Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki, ein konservativer Mann, sagt: Wenn die CSU das Grundgesetz ernst nimmt, kann sie keine Obergrenze verlangen. Das lässt das Asylrecht nicht zu. – Das sind klare Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und auch der Bamberger Erzbischof Schick mahnt die CSU zur Verfassungstreue. Herabwürdigungen oder Verletzungen der Menschenwürde dürfen Christen nicht stehenlassen. Erzbischof Schick will, dass alle und besonders alle die, die ein "C" im Namen führen, sich dementsprechend verhalten. Das ist der Punkt. Die Kirchen werfen der CSU-Regierung Missachtung der Verfassung vor. Das ist ein massiver und zentraler Vorwurf. Da geht es nicht um die Auseinandersetzung zwischen CSU-Granden und irgendwelchen Würdenträgern der katholischen oder der evangelischen Kirche. Da geht es nicht um Unstimmigkeiten in der christlichen Soziallehre. Da geht es um einen ganz zentralen Vorwurf, und der lautet: Die CSU-Staatsregierung verlässt den Wertekern unserer Verfassung. Sie verlässt und verletzt den Wertekern unseres Zusammenlebens.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Blume (CSU): So ein Unfug!)

Wir haben einen starken Wertekern. Den garantieren die Ehrenamtlichen, die Flüchtlingshelfer, die Vereine und die Kirchen. Sie sind, wenn man so will, in einem Boot. SPD und GRÜNE sind mit dabei. Die CSU und die Staatsregierung driften im anderen Boot Richtung AfD und Pegida ab. Das ist gefährlich. Ich bin den Kirchen dankbar dafür, dass sie so deutliche Worte gesagt haben; denn es ist tatsächlich sehr ernst.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Blume das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.



**Markus Blume (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, richtig ist, dass die Zeiten ernst sind. Jeder, der um die Zukunft unserer Gesellschaft in Sorge ist, kann nicht so leichtfertig und vor allem nicht so spalterisch daherreden, wie Sie es getan haben, lieber Herr Kollege Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich gar nicht getan!)

Die Rede, die Sie gehalten haben, ist deswegen besonders perfide, weil sie spalterisch war und weil Sie anderen vorwerfen, sie würden spalten. Das bekomme ich nicht ganz zusammen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was sagen Sie zu den Vorwürfen der Kirchen?)

Perfide war Ihre Rede auch deswegen, weil nur billiges parteitaktisches Kalkül dahinterstand. Bei Ihrer Herbstklausur haben Sie beschlossen, dass Sie sich auch um christliche Wähler bemühen und christliche Wähler für sich gewinnen wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht nur "auch"!)

Wer dies weiß, versteht auch, warum Sie heute diese Aktuelle Stunde beantragt haben. Das ist ganz billig, lieber Herr Kollege Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Ich hätte mir gewünscht, dass wir uns in der Debatte darüber auseinandersetzen, was christliche Politik heißt, was es heißt, christliche Politik am christlichen Menschenbild auszurichten. Mir hat es sehr gut gefallen, was Vizepräsident Meyer dazu ausgeführt hat. Bei Ihnen, lieber Herr Kollege Rinderspacher, habe ich in keinem Satz das Wort "Nächstenliebe" gehört.

(Margit Wild (SPD): Weil Sie nicht zugehört haben, Herr Blume!)

Ich habe nicht gehört, was Sie mit christlicher Politik meinen. Christliche Politik ist eben nicht nur eine Haltung, sie ist nicht nur das Gewissen, sondern sie umfasst auch die Verantwortung für die Folgen des Tuns und für das, was nicht getan wird. Nächstenliebe umfasst nicht nur die Willkommenskultur, sondern sie setzt sich auch mit dem Gedanken auseinander, was danach kommt, wie zum Beispiel Integration gelingen kann.

Ich möchte noch einige Gedanken zur Leitkultur formulieren; denn die ist von Ihnen mehrfach angesprochen worden. Unstrittig ist doch, dass es einen identitätsbildenden Grundkonsens gibt. Es gibt so etwas wie die Prägung unseres Landes. Ich zitiere einmal Kardinal Marx. Er hat gesagt: Die Wurzeln des Landes sind zutiefst geprägt vom Evangelium, und die christliche Prägung der Gesellschaft ist grundlegend für das Überleben der Zivilisation. – Er beschwört geradezu das, was unser Land ausmacht, nämlich die christliche Prägung. Das hat er nicht irgendwann gesagt, sondern am letzten Wochenende im Liebfrauentempel.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Da hat er aber der Leitkultur eine Absage erteilt!)

– Nein, das hat er nicht. Ich habe mir die ganze Predigt angehört. Er hat der Leitkultur keine Absage erteilt; denn er hat außerdem gesagt: "Solidarität ist das Qualitätskennzeichen einer christlich geprägten Gesellschaft. Es wird heute gelegentlich über Leitkultur und Identität gesprochen. Dies – die Solidarität – ist das Leitprinzip in unserer Gesellschaft und in unserer Kultur."

Ich möchte wirklich darum bitten, dass wir nicht so viel übereinander reden, sondern miteinander ins Gespräch treten. Dabei sollten wir auch auf das eingehen, was der andere sagt. Unstrittig ist doch, dass es etwas jenseits unserer Verfassung gibt, was unsere Gesellschaft zusammenhält, was der Staat, wie Kollege Gehring zu Recht gesagt hat, nicht einmal herbeiführen kann. Ich nenne als Stichwort nur Böckenförde. Jenseits der Verfassung gibt es etwas, wofür die Gesellschaft einsteht. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir die identitätsbildende Prägung unseres Landes nicht

nur bewahren, sondern auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nutzbar machen können.

Ich zitiere an anderer Stelle den Präsidenten des Caritasverbandes, Peter Neher. Er hat gesagt, auch der menschenwürdige Umgang gehöre zur deutschen Leitkultur. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, was zur Leitkultur dazugehört, und nicht darüber, warum dieses Konzept zum Scheitern verurteilt ist, wenn wir daran interessiert sind, dass wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Ich unterstütze den Kardinal, der am letzten Samstag gesagt hat, diese Leitprinzipien und diese, mit unseren Worten, Leitkultur könne man nicht vorschreiben, nicht befehlen und nicht per Gesetz erlassen. Das muss gelebt werden. Damit hat er recht. Etwas anderes ist aber von uns auch nie gesagt worden. Wir haben immer gesagt, die Leitkultur gewinnt nur dadurch ihre Qualität, dass sie der gelebte Grundkonsens in unserem Land ist. Sie ist damit nicht ausgrenzend, sondern im besten Sinne des Wortes eingrenzend.

Ich würde mich wirklich freuen, wenn wir es in der weiteren Debatte in der Enquete-Kommission und in der Debatte zum Integrationsgesetz schaffen könnten, zu sagen: Es gibt etwas – wir nennen es Leitkultur –, das eine wichtige gesellschaftliche Funktion hat, das erstens wichtig ist, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu bewahren, das aber zweitens auch wichtig ist, um denjenigen, die zu uns kommen, Orientierung zu geben und sie zu befähigen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden.

Drei Bitten zum Abschluss: Erstens sollten wir uns als Christenmenschen ernst nehmen und nicht gegenseitig das Christsein absprechen. Ich glaube, dieses Recht hat hier keiner.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das hat kein Redner hier gesagt!)

Zweitens. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir sollten uns nicht für Standpunkte verurteilen, die andere haben; denn nur wenn ich einen Standpunkt habe, kann ich auch eine Diskussion führen und anderen Orientierung geben.

Drittens. Wir sollten ein gemeinsames Interesse haben, zusammenzuführen statt zu spalten;

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Kein Wort zur Politik der CSU! Nur heiße Luft!)

denn nur eine Gesellschaft, die zusammenhält und Übereinstimmung findet, in der es Bindekräfte gibt, ist nicht zum Scheitern verurteilt.

(Margit Wild (SPD): Nur leere Worte!)

Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Weg zusammen mit uns zu gehen und nicht schon wieder hier reinzuplärren "Heiße Luft" und anderes in den Raum zu stellen. So wird das nicht funktionieren, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Petersen für die SPD das Wort.

**Kathi Petersen (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich die CSU-Fraktion meine Überlegungen zu eigen macht, habe ich nichts dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Den Vorwurf der Spaltung kann ich nicht nachvollziehen. Markus Rinderspacher hat mit seiner Rede nicht gespalten, sondern er hat eine von CSU-Vertretern verursachte Spaltung benannt und dargestellt. Mehr nicht.

(Beifall bei der SPD)

Für eine Flüchtlingspolitik, die geprägt ist von der Solidarität mit den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, gibt es viele gute Gründe und mehrere unterschiedliche weltanschauliche Bezugspunkte. Da gibt es zum einen den Artikel 1 des Grundgesetzes, der lautet: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Darauf hat der Kollege Gehring

schon hingewiesen. Es heißt nicht, "die Würde des Deutschen", "die Würde des Christen", sondern "die Würde des Menschen". Das heißt, es gilt für alle Menschen.

Ein weiterer Bezugspunkt sind der Humanismus bzw. die Aufklärung, die genau das Gleiche vertreten. Ein weiterer Bezugspunkt – ich nenne nicht alle, aber dieser ist besonders wichtig – ist die christlich-jüdische Tradition oder, wie in der CSU auch gern gesagt wird, die christlich-jüdische Kultur.

Vielleicht sollte man hier den Begriff klar definieren. Es gibt eine christlich-jüdische Tradition, in der wir stehen und die wir aufrechterhalten. Es gibt aber keine christlich-jüdische Kultur mehr bei uns, weil Kultur vielfältiger ist. Da gibt es noch ganz andere Einflüsse als Christentum und Judentum.

Sie, meine Damen und Herren von der CSU, bevorzugen den Begriff "Leitkultur". Das ist etwas anderes als Leitprinzipien. Ich glaube, auf Prinzipien können wir uns verständigen. Leitkultur gibt es in dieser Form nicht; denn Kultur ist vielfältig und Leitkultur lässt sich nicht verordnen. Sie muss in der Gesellschaft leben und ist in der Gesellschaft lebendig und vielfältig.

Kollege Gehring hat eben schon auf das berühmte Diktum von Böckenförde hingewiesen: "Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann." Deswegen ist der Begriff "Leitkultur" obsolet. Das sollten Sie sich auch einmal klarmachen.

(Beifall bei der SPD)

Was sagt denn nun die christlich-jüdische Tradition, auf die sich die CSU immer wieder beruft und die sie den anderen als Leitkultur verordnen will, bezüglich des Umgangs mit Flüchtlingen? – Eine Forderung nach Begrenzung der Flüchtlingszahl als christliches Gebot, wie Ministerpräsident Seehofer dieser Tage gesagt hat, kenne ich nicht. Er scheint einer Fälschung aufgesessen; denn in meiner wie auch in allen anderen handelsüblichen Bibelausgaben steht davon nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die gemeinsame Heilige Schrift von Christen und Juden ist das Alte Testament. Deswegen beschränke ich mich jetzt auf einen kurzen Blick ins Alte Testament. Da findet sich zunächst im Schöpfungsbericht die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, die sich auch im Grundgesetz niedergeschlagen hat.

Ein zweiter Satz, der vielleicht genauso wichtig, aber weniger bekannt ist, ist das sogenannte historische Credo im fünften Buch Mose. Da heißt es: "Mein Vater war ein heimatloser Aramäer." Das ruft die Frage ins Bewusstsein: Wo kommen wir her? – Das Volk Israel lebt aus der Erfahrung, dass Jahwe ihm geholfen hat, es aus der Knechtschaft geführt und ihm Heimat gegeben hat.

Die Propheten, Geschichtsschreiber, Weisheitslehrer und andere Autoren der Schriften des Alten Testaments stellen sich die Frage: Wie können wir in Verantwortung vor Gott und gegenüber den Mitmenschen das Zusammenleben gestalten? – Daraus können wir ersehen, dass die Bibel kein Buch für die Vitrine ist, das man zur sporadischen Erbauung vom Staub befreit.

(Zuruf von der CSU)

Man kann nicht nur, man muss mit der Bibel Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Im Alten Testament finden Sie immer wieder Überlegungen zur Verteilungsgerechtigkeit. Zum Beispiel bleiben Menschen, die in Schuldknechtschaft geraten sind, darin nicht bis zu ihrem Tode, sondern die Schuldknechtschaft endet im Erlassjahr. Es ist nicht Wille Gottes, dass Menschen in Schuldknechtschaft bleiben. Der Reichtum und das gute Leben sind ein Segen, aber kein Verdienst.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist mit denen zu teilen, denen es nicht gut geht. Das heißt, wir schotten uns nicht ab gegen die Not, sondern helfen den Menschen, die in Not sind. So lautet die Überzeugung im Alten Testament.

Übertragen wir das einmal auf unsere Verhältnisse. Wir haben es in den Haushaltsreden doch gehört: Bayern geht es gut; es ist das wirtschaftlich stärkste Bundesland, wenn man den Worten des Ministerpräsidenten glauben darf. Zu einer gewissen Solidarität erklärt man sich ja auch bereit, wie wir heute in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört haben. Aber Solidarität kennt keine Grenzen. Sie endet nicht an der bayerischen Grenze und auch nicht an der Landesgrenze. Sie gilt weltweit.

Wenn es uns gut geht, ist das nicht in erster Linie unser Verdienst, sondern wir können darüber froh sein und sollten bereit sein, mit anderen zu teilen. Nehmen wir also die christlich-jüdische Tradition ernst statt uns den Kopf über Burkas zu zerbrechen. Lassen wir uns von den Worten des Alten Testaments und des Neuen Testaments inspirieren, unsere Welt menschlicher zu machen. Das ist nicht linksextrem, sondern christlich und humanistisch.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat Kollegin Brendel-Fischer das Wort für die CSU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kollegin.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rinderspacher, ich habe, ehrlich gesagt, nicht den Eindruck, dass die Staatsregierung oder die CSU-Fraktion Nachhilfe in Sachen Nächstenliebe oder Beziehungspflege mit den Kirchen nötig hat.

(Zuruf von der SPD)

Da Sie mit Ihrer Thematik nun insbesondere auf die Flüchtlingspolitik abzielen, kann ich Ihnen nur folgenden Rat geben: Schauen Sie sich doch einmal, nachdem ein gutes

Jahr vergangen ist und wir die großen Menschenmengen unterbringen konnten, die einzelnen Bundesländer an, wo und wie rasch und verlässlich Unterbringung und Versorgung in den anderen Bundesländern gelungen ist. Bei uns kam es nicht zu zwangsweisen Übernachtungen im Freien, wie vor den Verwaltungsgebäuden in Berlin, wo Dienst nach Vorschrift gemacht wurde. Wo gab es eine vergleichbar hohe Motivation von Arbeitgebern, Wirtschaftsverbänden und Kammern? – Kein Bundesland hat so rasch ein Finanzpaket zur Flüchtlingshilfe auf den Weg gebracht wie wir. Natürlich darf auch das große ehrenamtliche Engagement nicht vergessen werden, für das wir uns nicht oft genug bedanken können.

Ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion: Waren das keine Zeichen christlicher Nächstenliebe? – Ich meine: Ja! Das Herz ist weit, aber die Möglichkeiten sind endlich. Bundespräsident Joachim Gauck hat dies in einer viel beachteten Rede deutlich angesprochen. Politik muss alles bedenken, auch Reaktionen und Auswirkungen auf die eigene Bevölkerung. Die sind zweifelsohne recht unterschiedlich. Selbst bei einer optimistischen Einschätzung war klar, dass Zusammenleben und notwendige Integrationsprozesse aufgrund der kulturellen Sozialisation vieler Migranten trotz bestmöglicher Unterstützung keine Selbstläufer sind. Das hat sich mittlerweile in vielen Bereichen bestätigt, im Positiven, aber oftmals auch in nicht so erfolgreichen Fällen. Es war es kein Verstoß gegen das Gebot der Nächstenliebe, dass wir die Einhaltung geltenden europäischen Rechts, die Festlegung sicherer Drittstaaten und den Schutz der EU-Außengrenzen eingefordert haben. Haben all unsere Kritiker, und damit meine ich jetzt auch die Kirchenvertreter, eigentlich mal darüber nachgedacht, was bei uns los wäre, wenn Ungarn, Österreich und weitere Staaten nicht rechtzeitig die von Ihnen so verpönte Zaunaufstellung vorgenommen hätten?

(Beifall bei der CSU)

Ich bin mir sicher, wir hätten große gesellschaftliche Verwerfungen und einen politischen Rechtsruck ungeahnten Ausmaßes erlebt. Und wenn Sie jetzt sagen: "Wahnsinn", dann bitte ich Sie, hier auch ein bisschen politischen Realitätssinn an den Tag



zu legen. Weder unsere Verwaltungsorgane noch Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz oder andere hätten eine weitere Zuwanderung dieser Dimension verkraftet. Ich gehe davon aus, dass sich auch Landesbischof Bedford-Strohm sowie Kardinal Marx darüber im Klaren sind.

Für uns waren und bleiben die christlichen Kirchen wichtige Repräsentanten unserer Werteordnung und unserer kulturellen Leitziele. Daher bleibt es unverständlich, dass der Begriff "Leitkultur" immer wieder so infrage gestellt wird. Das ist doch keine Pflichtkultur, sondern es ist eine Orientierung, und eine solche wird von sehr vielen Menschen in Deutschland gefordert.

(Zuruf von der SPD: Aber wir haben doch eine Orientierung! Das müssen Sie nicht neu erfinden!)

Sie kennen die unterschiedlichsten Umfrageergebnisse. Diese Ergebnisse stehen nicht alle auf der Basis von Umfragen, die von unserer Partei in Auftrag gegeben sind. Ich habe durchaus den Eindruck, dass wir mit unserer Einschätzung näher am Menschen sind und weniger nah an der Kirchenleitung.

Das soll uns aber nicht verunsichern, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem von meiner Fraktion; denn wir können sehr viele Themenbereiche aufzählen, bei denen wir es waren, die fest zu den Kirchen gestanden haben. Der Schutz der christlichen Feiertage, das Festhalten an den Zeitbudgets für unseren Religionsunterricht, die Ladenschlussregelung, die Förderung kirchlicher Verbände und die Verteidigung der Kirchensteuer seien hier als Beispiele genannt.

Mittlerweile ist es über 20 Jahre her, dass vom Bundesverfassungsgericht das erste Kruzifix-Urteil gesprochen wurde. Damals und in den Folgejahren war es vorrangig unsere Partei, die sich auch hier an die Seite des christlichen Glaubens gestellt und für dessen Symbole stark gemacht hat.

(Beifall bei der CSU)

Ohne dabei andere Religionen auszugrenzen oder zu diskriminieren – das möchte niemand von uns –, werden wir diesen Kurs beibehalten. Hierbei werden wir natürlich weiterhin einen konstruktiven Dialog mit den Kirchen pflegen. Wir alle stehen dabei in unseren Wahlkreisen zuhause in sehr gutem Kontakt mit den Kirchen und müssen uns nicht von irgendjemandem an die Seite drücken lassen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Unterländer das Wort erteilen. Bitte schön.

**Joachim Unterländer (CSU):** Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde trägt den Titel: "Christliche Nächstenliebe – Kritik der Kirchen an der Staatsregierung ernst nehmen". Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass wir uns angesichts der Kritik von kirchlicher und von politischer Seite hier über Inhalte der Zukunftsgestaltung und unser Gemeinwesen austauschen.

Leider musste ich jedoch feststellen, dass es Ihnen in erster Linie um Vorwürfe geht und darum, politisches Kapital aus Meinungsverschiedenheiten zu ziehen, bei denen es eigentlich normal ist, dass man sich austauscht. Das führt letztlich zu einer unschönen Diskussion. Deshalb fordere ich Sie auf: Kommen wir doch zu einer vernünftigen, ernsthaften und seriösen Debatte zurück!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir sollten in der Politik die Kritik der Kirchen ernst nehmen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit dieser Fragestellung, sondern auch, wenn es um andere Fragestellungen geht, die sich um Werteorientierung drehen oder die fachpolitische Fragen betreffen. Leider muss ich feststellen, dass diejenigen, die heute eine große Differenz zwischen Kirche und CSU in den Mittelpunkt dieser Aktuellen Stunde rücken, überhaupt kein Interesse daran haben. Da ist dann ein gutes Stück Heuchelei dabei.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr froh darüber, dass beispielsweise der Landtagsvizepräsident Meyer oder auch der Kollege Markus Blume hier darauf hingewiesen haben, wie notwendig ein sachlicher Dialog ist. Eine Aktuelle Stunde wie diese sehe ich auch als eine Chance dafür, dass wir uns über ein solches Thema austauschen können, was ich für notwendig halte. Dann machen Sie das aber bitte auch, und führen Sie hier nicht nur einen politischen Streit.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir machen das! Wir haben genau zugehört!)

Diskutieren in der Sache ist etwas anderes, als dem politisch Andersdenkenden zu unterstellen, mit den nicht nur kulturprägenden Religionsgemeinschaften in Auseinandersetzungen zu treten.

(Zurufe von der SPD)

Das halte ich nicht für okay.

Ich möchte Ihnen als Motiv, als Antrieb für das, was wir in unserem politischen Leben als Konsens miteinander suchen sollten, auf den Weg geben, was sich im Alten Testament bei Jeremia in Kapitel 29 findet: "Suchet der Stadt Bestes". Das ist ein Leitmotiv, das wir uns im Grunde konfessions- und glaubensübergreifend als Maßstab für politisches Handeln aneignen und auch als christliche Orientierung akzeptieren sollten.

Darüber hinaus sollten wir den Konsens beachten, wie er zwischen den Kirchen, den Sozialenzykliken und der Soziallehre von katholischer und evangelischer Seite aus besteht. Wir sind, wenn ich dieses Metier hier ansprechen darf, in der Sozialpolitik der Auffassung, dass es häufig getreu dem Subsidiaritätsprinzip besser ist, wenn kleinere Einheiten, wie sie sich beispielsweise aus Vereinen oder aus Wohlfahrtsverbänden heraus bilden, bestimmte Aufgaben für das Gemeinwesen erledigen, als wenn das immer von staatlicher Seite vorgegeben wird.

Wir sind uns hoffentlich auch darin einig, dass wir uns in einem ernsthaften Dialog über die Zukunftsprobleme dieser Gesellschaft, was Migration, demografische Ent-

wicklung und die Digitalisierung dieser Welt anbelangt, austauschen müssen. Das alles sind Fragen, in denen die Schnittmenge zwischen Kirchen und der politischen Verantwortung sehr groß sind.

Darauf weisen die Kirchen zu Recht immer hin, und da besteht im Übrigen eine große Übereinstimmung zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche sowie der CSU-Landtagsfraktion. Wir lassen uns hier nicht auseinanderdividieren, nur weil es in einer Frage ein demokratisches Ringen gibt.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Deutschland kann nicht alle Notleidenden dieser Welt aufnehmen. Es geht nicht allein um Barmherzigkeit, sondern auch um Vernunft. – Dieses Zitat stammt von niemand anderem als Seiner Eminenz Kardinal Marx, der eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen fordert. Erzbischof Marx benennt hier ganz klar die Balance, die wir in der Flüchtlingspolitik finden wollen und müssen. Sie gelingt uns aber nur, wenn wir in unserer Asyl- und Integrationspolitik die richtigen Schwerpunkte setzen. Dies entspricht genau unserem Dreiklang: Humanität, Integration und Begrenzung.

(Margit Wild (SPD): Das gilt aber nicht für alle!)

Daraus leiten sich fünf Handlungsmaximen ab, nämlich erstens ein faires Verfahren für jeden Asylsuchenden, zweitens eine menschenwürdige Unterbringung aller Asylsuchenden in Deutschland während des Asylverfahrens, drittens die Integration derer, die bleiben dürfen, viertens die Rückführung derer, die keinen Bleibanspruch haben, und fünftens die Verbesserung der Integration in den Herkunftsländern. Die hohen Zugangszahlen von Asylbewerbern nach Deutschland und Bayern im Jahr 2015 waren

für uns alle eine riesige Herausforderung. Wir haben uns aber unserer humanitären Verantwortung mit großer Solidarität und großer Mitmenschlichkeit gestellt. Jeder Asylsuchende, ob mit oder ohne Bleibeperspektive, bekommt ein faires Verfahren. Niemand, der vor Krieg und Verfolgung flieht, wird zurückgeschickt.

Punkt zwei: Alle, die zu uns gekommen sind, wurden anständig untergebracht, vom ersten Tage an medizinisch versorgt und über die Asylsozialberatung betreut. Dies war nur durch das großartige Engagement der Ehrenamtlichen, der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, der Kommunen und der vielen Mitarbeiter in den Behörden möglich. Das ist gelebte Nächstenliebe. Die Kirchen, die Caritas und die Diakonie decken die Asylsozialberatung zu 90 % ab und leisten eine sehr gute Arbeit. Die Kirchen waren bei allen Entscheidungen im Lenkungsstab dabei und haben sich dabei sehr stark engagiert. Dafür danke ich allen Beteiligten von ganzem Herzen. Gerade bei dem Ansturm auf Bayern im Jahr 2015 haben wir Bayern eine Visitenkarte der Humanität abgegeben. Rückblickend müssen wir jedoch ganz klar feststellen: Es gibt eine objektive Grenze der Belastbarkeit. Das ist keine Grenze des guten Willens, sondern eine Grenze der Kapazität. Deswegen müssen wir die Zuwanderung klar begrenzen sowie viertens Ordnung und klare Regeln für die Integration und für das Zusammenleben schaffen. Die Integration der Bleibeberechtigten ist eine gewaltige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns noch über Jahrzehnte beschäftigen wird. Das ist keine Aufgabe, die von heute auf morgen geleistet werden könnte. Wir brauchen dafür Geduld und einen langen Atem.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen wir klar zwischen denjenigen unterscheiden, die bleibeberechtigt sind, und denjenigen, die keine Bleibeberechtigung haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Integration kann nur gelingen, wenn wir ihr eine Richtung geben, und diese Richtung ist unsere Leitkultur. Meine Damen und Herren von der Opposition, Integration bedeutet nicht, dass sich Einheimische und Neuankömmlinge auf halbem Wege treffen und wir daraus eine neue Kultur der Beliebigkeit schmieden. Integration braucht vielmehr eine klare Richtung. Diese Richtung kann

nur unsere Leitkultur, unsere Werteordnung, unser Grundgesetz und unsere Bayerische Verfassung sein. Leitkultur ist das Gegenteil von Multikulti. Herr Kollege Markus Blume hat das Thema Leitkultur vorhin bereits im Detail dargestellt, und daran halten wir fest.

Mit dem Grundsatz des Förderns und des Forderns haben wir für beide Seiten eine Verbindlichkeit geschaffen. Wir fördern die Integration. Dafür haben wir bereits im Herbst ein Integrationsprogramm auf den Weg gebracht. Wir investieren allein im Jahr 2016 mehr als eine halbe Milliarde Euro für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für zusätzliche Lehrer und Polizisten, aber auch für Sprachkurse, Wohnungen, die Integration in Ausbildung und Arbeit und vieles mehr. Wir fördern die Integration aber nicht nur, wir fordern sie auch ein. Wir wollen, dass die Menschen miteinander leben, nicht nebeneinander und auch nicht gegeneinander. Wichtig ist, dass sich Migrantinnen und Migranten integrieren wollen und Integrationsangebote annehmen; denn nur so kann Integration auch gelingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Eckpfeiler unserer Flüchtlingspolitik. Viele Christinnen und Christen haben damit in der Sache überhaupt kein Problem, im Gegenteil. Sie sehen in dieser Politik eine Verbindung von christlicher Grundorientierung mit realitätsnaher und verantwortungsbewusster Politik. Sofern es Differenzen über die Wortwahl oder Stilfragen gibt, klären wir diese mit unseren Schwestern und Brüdern im Gespräch. Dafür brauchen wir keinen Antrag der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Sie stehen doch nur dann an der Seite der christlichen Kirchen, wenn es Ihnen opportun erscheint. Dieses Verhalten entlarvt sich selbst.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist eine Unverschämtheit! – Ulrike Gote (GRÜNE): So viel zum Thema Spalten!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.